



Entlastung an der Zapfsäule – mit offenem wirtschaftspolitischem Kurs

Ute Pappelbaum

Die Bundesregierung beginnt ihre Krisenreaktion mit einem klassischen Instrument: der Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel um 17 Cent pro Liter – befristet auf zwei Monate. Die Maßnahme ist politisch naheliegend, weil sie unmittelbar wirkt und einfach kommunizierbar ist. Ökonomisch ist sie jedoch bemerkenswert, weil sie im Widerspruch zu jener Linie steht, die große Teile der Volkswirtschaftslehre ebenso vertreten wie zentrale Akteure der Regierung selbst.

Ordnungspolitischer Bruch: Regierung handelt gegen eigene Positionen

Denn sowohl Bundeskanzler Friedrich Merz als auch Wirtschaftsministerin Katherina Reiche haben sich bislang klar gegen direkte Markteingriffe positioniert. Auch in der aktuellen Lage bleibt diese Skepsis sichtbar. Merz betont explizit, der Staat könne „nicht jedes Ergebnis an den Märkten mit staatlichen Mitteln ausgleichen“. Genau das aber geschieht mit der temporären Steuersenkung – zumindest partiell. Der Schritt ist damit weniger Ausdruck einer strategischen Neuausrichtung als eine politisch erzwungene Abweichung. Auslöser ist der externe Preisschock infolge des Iran-Konflikts, verstärkt durch die Drohung einer Blockade der Straße von Hormus. Die Regierung reagiert auf die unmittelbaren Preiswirkungen, nicht auf deren Ursachen.

Wirkungsmechanik: Entlastung unter Vorbehalt

Die Konstruktion der Maßnahme zeigt die inhärente Unsicherheit: Die Entlastung soll bei den Verbrauchern ankommen, ist aber abhängig von der Weitergabe durch Mineralölkonzerne. Gleichzeitig bleibt sie strikt befristet. Beides signalisiert fiskalische Zurückhaltung – und fehlende Kontrolle über die tatsächliche Wirkung.

Koalitionskonflikt: Übergewinnsteuer als offene Flanke

Parallel offenbaren sich innerhalb der Koalition deutliche Bruchlinien. Während SPD und Teile der CSU eine Übergewinnsteuer als Reaktion auf Krisenrenditen ins Spiel bringen, lehnt Reiche dieses Instrument als „teuer, wirkungsschwach und verfassungsrechtlich fragwürdig“ ab.

Auch hier zeigt sich: Die zentrale ordnungspolitische Frage – Markt wirken lassen oder Gewinne abschöpfen – ist nicht geklärt.

Flankierende Maßnahmen: Indirekt und zeitlich verschoben

Weitere Maßnahmen bleiben entweder indirekt oder zeitlich verschoben. Die angekündigte Entlastungsprämie von bis zu 1.000 Euro ist freiwillig und damit selektiv. Die größere Steuerreform wird erst für 2027 in Aussicht gestellt. Die Gesundheitsreform soll Beiträge stabilisieren, impliziert aber Anpassungen auf der Leistungsseite.

Politische Steuerung: Disziplin statt Einigkeit

Auffällig ist zudem der Versuch, interne Konflikte kommunikativ zu begrenzen. Der Kanzler kritisiert ausdrücklich die öffentliche Debatte innerhalb der Regierung und fordert deren Beendigung. Steuerung erfolgt damit nicht nur über Instrumente, sondern auch über Disziplin.

Reaktive Politik ohne strategische Klammer

In der Summe entsteht kein konsistentes Konzept, sondern ein abgestufter Reaktionsmix: kurzfristige Preisintervention, flankierende Einkommensstützung und vertagte Strukturpolitik. Die Regierung bewegt sich damit zwischen ordnungspolitischem Anspruch und politischem Handlungsdruck.

Konsequenz:

Die Koalition greift kurzfristig in den Markt ein, ohne ihre ordnungspolitische Grundlinie zu klären. Damit entsteht ein wiederkehrendes Muster situativer Interventionen, während die strukturelle Anpassung an externe Schocks weiter aufgeschoben wird.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949283/energiesteuer-senkung-analyse-koalition-widerspruch/>